

Nach Karlsruher Urteil zum Klima- und Transformationsfonds: Industrie im Umbau braucht Rechts- und Finanzierungssicherheit

Berlin, 15. November 2023

Das Bundesverfassungsgericht hat heute die Verfassungswidrigkeit der Übertragung von 60 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) festgestellt.

Dazu Bernhard Osburg, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl:

„Auch wenn die Auswirkungen dieses Urteils nun genau geprüft werden müssen, dürfen die Klimaziele 2030 nicht aus den Augen verloren werden. Und dafür ist die Transformation der Grundstoffindustrie unerlässlich. Allein die Stahlindustrie kann zur Reduktion eines Drittels der gesamten Industrieemissionen beitragen – und hat damit einen enormen Hebel, bereits in den kommenden Jahren Millionen Tonnen an CO₂ einzusparen.“

Die Regierung bleibt jetzt in der Verantwortung, die dafür notwendige Anschubfinanzierung bereitzustellen und dadurch Planungssicherheit für jene Unternehmen zu schaffen, die bereit stehen, Milliarden in neue und transformative Technologien zu investieren. Insbesondere an dem Ziel wettbewerbsfähiger Strompreise muss weitergearbeitet werden.

Diesen historischen Richterspruch werten wir auch als Appell an die Regierung, Klarheit darüber zu schaffen, wie das Jahrhundertprojekt der Transformation unserer Industrie und Gesellschaft zur Klimaneutralität solide finanziert werden kann.“

Ansprechpartner

Klaus Schmidtke | Pressesprecher | +49 30 23 25 546-15 | klaus.schmidtke@wvstahl.de

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihren Stahl bis 2045 CO₂-neutral zu erzeugen – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen einzusparen. Der Verband mit Hauptsitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen klimaneutralen und auch in Zukunft starken Stahlstandort möglich macht. Mit rund 40 Mio. Tonnen pro Jahr weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf.